

wiesen, deren bessere Ausbildung ein wichtiges Ziel der kommenden Jahre sei – gerade angesichts der Ausbreitung aggressiv auftretender Sekten. Schon im *Instrumentum Laboris* für die Synode hieß es: „Die Geschichte der katholischen Kirche in Ozeanien könnte nicht geschrieben werden, ohne die vorrangige Rolle der katholischen Schulen für das Aussäen, die Weitergabe und Wahrung des Glaubens anzuerkennen“ (Nr. 26). Aber auch die Qualität des theologischen Studiums in den Seminaren sei zu verbessern. Bischof *William Joseph Kurtz* (Kundiawa/Papua-Neuguinea) beklagte den Mangel an ausgebildeten und engagierten einheimischen Priestern, die Kandidaten angemessen ausbilden könnten.

Außerdem haben die Bischöfe die Bildung einer Kommission vorgeschlagen, die die Grundlagen dafür erarbeiten sollte, daß Frauen in der Kirche mehr Kompetenzen übernehmen könnten. Mit Blick auf die wiederverheirateten Geschiedenen schlug der neuseeländische Bischof *Leonard Anthony Boyle* (Dunedin) vor, sich in dieser Frage an der Praxis der orthodoxen Kirchen zu orientieren, die auch diesem Personenkreis unter bestimmten Umständen die volle Teilnahme am kirchlichen Leben gestatten. Aber nicht nur innerkirchliche Herausforderungen, sondern auch gesellschaftliche Entwicklungen betrachten die Bischöfe mit Sorge. In Ozeanien gibt es neben den hochentwickelten Ländern wie Australien oder Neuseeland Entwicklungsländer mit höchst unterschiedlichen zivilisatorischen Standards, die erst in den vergangenen zwei Jahrhunderten von Europäern missioniert worden sind. Die Bischöfe der weitverstreuten Inselwelt mit ihren vielen verschiedenen Sprachen (allein in Papua-Neuguinea gibt es 700 verschiedene Sprachen und Dialekte), höchst unterschiedlichen Kulturen und Gesellschaften kritisierten die Einflüsse aus den Industrienationen als Gefährdung der kulturellen Identität der Menschen in Ozeanien. Der Präsident der Katholischen Bi-

schofskonferenz von Papua-Neuguinea und den Salomon-Inseln, Bischof *Raymond Philip Kalisz* (Wewak), wies darauf hin, daß die Kultur der Inseln, für die er verantwortlich ist, sich dramatisch wandle. Innerhalb von zwei Generationen habe die Gesellschaft den Schritt von der Steinzeit in die Moderne verkraften müssen, viele traditionelle Familien stünden immer noch unter Schock. Korruption und Kriminalität, Arbeitslosigkeit, Alkoholismus und Auflösungstendenzen in den Familien sind in der im Westen gerne romantisch verklärten Südsee ebenso Alltag wie Umweltzerstörung und Flüchtlingselend.

Nachdrücklich forderten die Synodenteilnehmer dazu auf, die Rechte der eingeborenen Völker stärker zu achten, und baten den Papst darum, ein Papier zum Thema Ökologie zu verfassen. So forderte der Apostolische Präfekt der Galápagos-Inseln, Bischof *Manuel Valarezo Luzuriaga*, der sich selbst aufgrund der Fauna seiner Inseln als „Bischof der Tiere“ bezeichnet, ein Schreiben an alle Menschen guten Willens, das „mit der Kraft des Lehramts alles auf der Erde existierende Leben schützt“.

Am Ende der Synode wurden neben der Abschlußbotschaft an die eigenen Gläubigen 48 – nicht veröffentlichte – Pro-

positiones vorgelegt, die der Papst bei der Abfassung seines Schreibens im Anschluß an die Bischofssynode berücksichtigen wird. Zur Vorstellung des Schreibens haben die Synodenväter den Papst für dieses Jahr nach Nouéma in Neukaledonien eingeladen – es wäre das erste Mal, daß der Papst in den französischsprachigen Teil Ozeaniens reisen würde. Die Bischöfe selbst kehrten, wie sie betonten, mit dem Eindruck zurück, daß ihr Zusammengehörigkeitsgefühl und ihre Verbindung mit Rom gewachsen sei.

Nach dieser vierten Kontinentalsynode steht nun noch das nach 1991 zweite Treffen der europäischen Bischöfe Ende dieses Jahres auf dem Programm der Vorbereitungen auf das Heilige Jahr. Sicherlich wird es dann weniger Aufsehen um den Eröffnungsgottesdienst geben: Zwar sind Tänzer mit nacktem Oberkörper im Vatikan seit der Afrikasynode 1994 nichts Neues mehr. In Italien erregte das bunte Treiben trotzdem derart die Gemüter, daß die von der Italienischen Bischofskonferenz herausgegebene Tageszeitung „Avvenire“ im Anschluß an die Eröffnungsfeier eine ganze Seite der entflammten Debatte um den liturgischen Tanz im Gottesdienst widmete (26. 11. 98). S. O.

Ökumenischer Rat: Profilsuche nach der Vollversammlung

Im Dezember 1998 veranstaltete der ÖRK in Harare seine Achte Vollversammlung. Sie verlief ohne große Konfrontationen. Es bleibt allerdings offen, welche Rolle der Ökumenische Rat in der ökumenischen Bewegung künftig spielen kann bzw. soll.

„Der Vorhang zu und alle Fragen offen“ – dieser längst sprichwörtlich gewordene Satz aus Brechts Stück „Der gute Mensch von Sezuan“ läßt sich auch auf die Achte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen

anwenden, die vom 3. bis 14. Dezember in Simbabwe Hauptstadt Harare stattfand. Erst die nächsten Jahre werden nämlich zeigen, ob es im ÖRK zu einem gedeihlichen Verhältnis zwischen reformatorischen und orthodoxen Mit-

gliedskirchen kommt und ob neben dem Ökumenischen Rat oder vielleicht sogar an seiner Stelle neue Strukturen weltweiter ökumenischer Zusammenarbeit entstehen.

Zu beiden Problembereichen faßte die Vollversammlung Beschlüsse, die sich schon vor Harare abgezeichnet hatten (vgl. HK, Dezember 1998, 628 ff.). Es wird zum einen eine *gemischte Kommission* aus Vertretern der orthodoxen und der nichtorthodoxen Mitgliedskirchen des ÖRK geben, die sich sowohl mit Struktur und Arbeitsweise des Rates wie mit den tieferliegenden theologischen und mentalitätsmäßigen Unterschieden zwischen orthodoxen und „westlichen“ Kirchen befassen soll. Zum anderen unterstützte die Vollversammlung den Plan, ein „Forum christlicher Kirchen und ökumenischer Organisationen“ ins Leben zu rufen, das möglicherweise an Pfingsten 2001 erstmals zusammentreten könnte.

Möglichkeiten für eine umfassende orthodoxe Beteiligung?

Die Frage nach dem künftigen Platz der orthodoxen Kirchen im ÖRK nahm in den Berichten von Generalsekretär *Konrad Raiser* und Katholikos *Aram I. Keshishian*, dem Vorsitzenden des ÖRK-Zentralausschusses, in Harare breiten Raum ein. Raiser empfahl in diesem Zusammenhang, statt auf Mehrheitsentscheidungen in den Gremien des ÖRK zukünftig eher auf Konsens zu setzen. Gleichzeitig sollte seiner Meinung nach „der Raum für wirkliche Beratung bei den Zusammenkünften der Vollversammlung und des Zentralausschusses eröffnet und ausgeweitet werden, um die unterschiedlichen Partner einzuladen, einander zu begegnen und aufeinander einzugehen, ohne notwendigerweise durch Abstimmung eine Entscheidung herbeiführen zu müssen“.

Katholikos Aram, selbst armenisch-orthodox, appellierte an seine Glaubensbrüder, in den Klärungsprozeß nach der Vollversammlung mit einer

klaren Tagesordnung und einer offenen Haltung einzutreten. Die Kirchen der anglikanischen und protestantischen Traditionen müßten den Orthodoxen ihrerseits helfen, „sich voll in das Leben des Rates zu integrieren, indem sie genügend Raum und Möglichkeiten für eine umfassende orthodoxe Beteiligung schaffen“. Die orthodoxen Kirchen sollten von der Reaktion zur Aktion, vom Beobachterstatus zur vollen Partnerschaft im ÖRK übergehen.

Während der Vollversammlung in Harare teilte die *bulgarisch-orthodoxe Kirche* brieflich ihren vor Monaten angekündigten Austritt aus dem ÖRK mit. Wie auch im Fall der schon 1997 ausgetretenen orthodoxen Kirche Georgiens fiel die bulgarische Entscheidung offensichtlich unter massivem Druck antiökumenisch und antiwestlich orientierter Kreise. Die russisch-orthodoxe Kirche, zahlenmäßig stärkste Mitgliedskirche des ÖRK, hatte zur Vollversammlung nur eine Minidelegation entsandt, deren Mitglieder durch Invektiven gegen die Frauenordination und gegen liberale Positionen in der Sexualmoral von sich reden machten.

Das Moskauer Patriarchat wird seine aktive Mitarbeit in den Gremien des ÖRK aussetzen, bis die gemischte Kommission ihre Arbeit abgeschlossen hat. Im Verhalten der russischen Orthodoxie zum ÖRK spiegeln sich neben dem internen Machtkampf zwischen gemäßigttem und nationalistischem Flügel (vgl. HK, November 1998, 583 ff.) auch Rivalitäten zwischen dem Moskauer und dem Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel, das die Mitarbeit der orthodoxen Kirchen in der ökumenischen Bewegung und im ÖRK grundsätzlich positiv sieht.

Bewußt auf die christlichen Kirchen, die dem ÖRK nicht angehören und ihm auch nicht beitreten wollen, zielt das von der Vollversammlung befürwortete „Forum christlicher Kirchen und ökumenischer Organisationen“. Im Blick sind dabei einerseits die katholische Kirche, zum anderen Kirchen bzw. Gemeinschaften evangelikaler oder

pfingstlerischer Prägung, die in Teilen der Dritten Welt immer stärker das Bild der Christenheit mitprägen (vgl. HK, September 1998, 460 ff.).

Dem Bericht von Konrad Raiser zufolge soll das Forum nicht eine weitere Institution mit administrativen und bürokratischen Strukturen werden; es soll dabei nicht um Beschlüsse und Resolutionen gehen. Sein Ziel sollte vielmehr die Schaffung eines „Netzwerks von Beziehungen“ sein, welches über die Begrenzung der bestehenden Strukturen hinausreichen würde: „Der ÖRK würde sich am Forum zusammen mit anderen Partnern beteiligen, ohne einen privilegierten Platz zu beanspruchen.“ Eine erste Konsultation zum Thema „Forum“ fand im August 1998 statt; die katholische Kirche wie Pfingstkirchen und Evangelikale waren vertreten.

In der Diskussion über das Projekt ökumenisches Forum bei der Vollversammlung wurden auch kritische Stimmen laut. Es gab die Befürchtung, das spezifische Profil des ÖRK würde durch die Schaffung eines solchen Forums Schaden nehmen. Es sei wichtiger, den Ökumenischen Rat selber zu reformieren als eine neue ökumenische Struktur zu schaffen.

Im neuen ÖRK-Zentralausschuß, der in Harare wie immer unter erheblichem Gerangel vor allem wegen der angezielten Quoten für Frauen und Jugendliche gewählt wurde, ist die Evangelische Kirche in Deutschland mit fünf Delegierten vertreten: *Wolfgang Huber*, Bischof von Berlin-Brandenburg, *Margot Kässmann*, Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentags und schon bisher Mitglied im Zentral- wie im Exekutivausschuß, die thüringische Oberkirchenrätin *Marita Krüger*, *Christa Kronshage* von der Kirchenleitung der westfälischen Kirche und die württembergische Vikarin *Heike Bosien*. Den württembergischen Landesbischof *Eberhard Renz* wählte die Vollversammlung in das achtköpfige Präsidium des ÖRK.

Ebenso wie heftige Debatten bei der Wahl zum Zentralausschuß gehört auch

die Verabschiedung zahlreicher Resolutionen zum festen Ritual einer ÖRK-Vollversammlung. Unter massivem Zeitdruck verabschiedeten die fast 1000 Delegierten zum Abschluß des Treffens in Harare Erklärungen zur Verschuldungskrise, zum Problem der Globalisierung, zum Status von Jerusalem und zu den Menschenrechten anlässlich des fünfzigjährigen Jubiläums der UN-Menschenrechtserklärungen. Im Jahr 2000 soll eine vom ÖRK auszukurfende „Dekade zur Überwindung der Gewalt“ beginnen, nach dem Vorbild der Frauendekade zwischen 1988 und 1998, der ein Festival unmittelbar vor der Vollversammlung gewidmet war.

Die Vollversammlung billigte wie üblich auch Programmschwerpunkte bzw. -richtlinien für die Arbeit des Ökumenischen Rates in den nächsten Jahren. Er soll sich demnach intensiv mit dem Thema Sexualität befassen, mit der Förderung eines „Ökumenismus des Herzens“, der stärker auf Gottesdienst und Spiritualität setzt, mit Gewaltlosigkeit und Versöhnung, Globalisierung, Schuldenerlaß und der inklusiven Gemeinschaft. Zu den Schwerpunkten, die in Harare gebilligt wurden, gehört schließlich auch das Bemühen um

„kreative Methoden“ zur Bewältigung der ÖRK-Aktivitäten mit weniger Personal und geringeren Finanzmitteln.

Die Arbeit des ÖRK wird nach wie vor fast ausschließlich von Mitgliedskirchen aus Europa und Nordamerika finanziert, wovon dabei wiederum der größte Einzelposten auf die EKD entfällt. Etwa 40 Prozent des Gesamthaushalts werden mit Zuwendungen aus Deutschland bestritten. Nach Aussagen des Finanzausschusses bei der Vollversammlung ist die Finanzlage des ÖRK gegenwärtig stabil; doch gebe es für die nächsten Jahre Anlaß zur Sorge. Die *katholische Kirche* war in Harare wie schon bei den letzten Vollversammlungen mit einer stattlichen Beobachterdelegation vertreten, geleitet von Bischof *Mario Conti* (Aberdeen), dem katholischen Vorsitzenden der „Gemeinsamen Arbeitsgruppe“ von ÖRK und katholischer Kirche. Der Präsident des Einheitsrates, Kardinal *Edward Idris Cassidy*, war durch die gleichzeitig tagende Bischofssynode für Ozeanien (vgl. ds. Heft S. 65) an der Teilnahme in Harare verhindert. Katholikos Aram sprach in seinem Bericht vor der Vollversammlung von einer erheblichen Intensivierung der Zu-

sammenarbeit zwischen ÖRK und katholischer Kirche in den letzten Jahren durch die Gemeinsame Arbeitsgruppe, die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung und die Kommission für Weltmission und Evangelisierung. Es komme in der bevorstehenden wichtigen Phase im Leben des ÖRK darauf an, auf den Erfahrungen der bisherigen Diskussionen im Rahmen der Gemeinsamen Arbeitsgruppe aufzubauen und gleichzeitig zu versuchen, mit der katholischen Kirche zusammen „noch geeignetere Wege für die Vertiefung und Ausweitung des Rahmens der Zusammenarbeit zu finden.“

Generalsekretär Raiser entwarf in Harare eine „ökumenische Vision für das 21. Jahrhundert“: Die Stärke der ökumenischen Bewegung liege in einem „weltweiten Netzwerk von Beziehungen, das die Kirche an jedem Ort stützen kann in ihrer Bemühung, wirklich Kirche zu sein, lebendige und zukunftsfähige Gemeinschaften zu bilden, tragfähige Nachbarschaften aufzubauen, Zuflucht und Raum für diejenigen zu bieten, die verloren oder ausgegrenzt sind“. Die künftige Rolle des ÖRK in diesem ökumenischen Netzwerk bleibt aber nach der Achten Vollversammlung zumindest vorerst unklar. U. R.

In Berlin Flagge zeigen

Die katholische Kirche braucht ein Hauptstadtkonzept

Was bewirkt der Umzug von Regierung und Parlament nach Berlin für den deutschen Katholizismus? Wie sollte die katholische Kirche künftig in der deutschen Hauptstadt präsent sein? Ulrich Pöner, Geschäftsführer der Deutschen Kommission Justitia et Pax und Stellvertretender Leiter der Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, skizziert Elemente für ein umfassendes katholisches Hauptstadtkonzept.

Im Laufe des Jahres 1999 nehmen Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat ihren Sitz in Berlin. Zwar wurde der „Bundesstadt“ Bonn vorläufig eine Reihe von Regierungsfunktionen belassen; gleichwohl darf als sicher gelten, daß die Stadt bereits mit dem Umzug den Charakter eines politi-

schen Zentrums verlieren wird. Denn auch jene Ministerien, die zunächst einmal ihren Hauptsitz in Bonn behalten (müssen), richten derzeit in Berlin Kopfstellen ein, so daß ein Großteil der politischen Kernfunktionen schon vom nächsten Jahr an nach Berlin verlagert sein dürfte.